

Tobias Schumacher

Krisenpotenziale an Europas südlicher Peripherie

**Politische und sozioökonomische Trends
in dem Großraum zwischen Rabat und Damaskus**

Werden die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in den Ländern des Maghreb und Maschrek nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes auf der Folie eines erweiterten Sicherheitsverständnisses analysiert, so ist deutlich zu erkennen, dass Sicherheit und Stabilität im südlichen Mittelmeerraum einem bis in die Gegenwart anhaltenden Erosionsprozess unterworfen sind. Wenngleich unterschiedlich ausgeprägt, weisen nahezu alle Staaten Nordafrikas und der Levante ähnlich krisenhafte Entwicklungen in den Bereichen Wohlfahrt/Ressourcenallokation, Herrschaft und Konflikt auf. Zu verhindern, dass aus ihnen objektiv existierende Bedrohungskonditionen erwachsen, liegt im vordringlichen Interesse Europas.

Sowohl der vom früheren US-amerikanischen Präsidenten George Bush Sr. nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes proklamierte Beginn einer Neuen Weltordnung, welche sich durch eine globale, auf der Einhaltung der Völkerrechtsnormen beruhende Ära der Stabilität auszeichnen sollte, als auch Stimmen, die bereits vom „Ende der Geschichte“ und dem weltweiten Siegeszug der liberalen Demokratie kündeten, waren allzu optimistische Zukunftsbeschreibungen zu Beginn der neunziger Jahre, die sich spätestens seit dem 11. September 2001 vor allem in den USA als verfrüht herausgestellt haben. Sie haben auch und insbesondere die Dynamik politischer, sozioökonomischer und ökologischer Realitäten im Nahen Osten sowie in Nordafrika erheblich unterschätzt. Zwar haben sich auch für die Staaten des Maghreb (Algerien, Marokko, Tunesien) und des Maschrek (Ägypten, Palästina, Jordanien, Syrien, Libanon) sowie Israel die internationalen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse verändert. Vor allem das Ende des weltumspannenden Systemantagonismus hat aber dazu geführt, dass die bereits seit den frühen achtziger Jahren in dem Großraum zwischen Tarfaya im marokkanischen Westen und Malikiyah im syrischen Osten schwelenden und bis 1989 vereinzelt zum Vorschein gekommenen Krisenpotenziale im politischen und sozioökonomischen Bereich verstärkt aufgebrochen und erstmals in das Licht der interessierten (europäischen) Öffentlichkeit geraten sind. Dies gilt erst recht

seit dem Abbruch der algerischen Parlamentswahlen im Zuge des (für die herrschenden algerischen politischen Eliten unerwarteten) Wahlsiegs des Front Islamique du Salut im Januar 1992 und des seither andauernden gewaltsamen inneralgerischen Konflikts.

Unbestritten hat diese Entwicklung in den letzten zehn Jahren zu einem Perspektivenwechsel europäischer Politik geführt und dazu beigetragen, den Blick für sicherheitspolitisch relevante Herausforderungen und Bedrohungspotenziale an der südlichen Peripherie Europas, welche bis dahin der Konzentration auf die Eindämmung möglicher sowjetischer Expansionsbestrebungen eindeutig untergeordnet waren, sukzessive zu schärfen. Ließ sich diese schleichende „Sensibilisierung“ über nahezu die gesamte letzte Dekade des Jahrhunderts beobachten, so ist sie seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch etwas deutlicher zu erkennen. Die Ereignisse in New York und Washington haben insbesondere in den Staaten der industrialisierten Welt zu einem partiell neuen Verständnis von Sicherheit geführt, das sich erstmals auch auf den Schutz vor global agierenden, territorial nicht zuzuordnenden und ihr eigenes Leben als Waffe einsetzenden terroristischen Akteuren bezieht. Wenngleich sich die gegenwärtig von den USA mit aller Mühe zusammengehaltene internationale Allianz gegen den Terrorismus vor allem an dieser neuen Dimension orientiert, ist damit aber nicht zwangsläufig die grundsätzliche Aufgabe des seit Beginn der neunziger Jahre in Europa und den USA dominierenden Verständnisses von Sicherheit verbunden. Sicherheit läßt sich vielmehr auch nach dem 11. September noch immer – dies entspricht der bereits 1983 von Barry Buzan geforderten Ausdehnung des Begriffes¹⁾ – als ein Zustand begreifen,

„in which states consider that there is no danger of military attack, political pressure or economic coercion, so that they are able to pursue freely their own development and progress. The security of individuals and communities of which states are constituted is ensured by the guarantee and effective exercise of individual freedom, political, social and economic rights, as well as by the preservation or restoration of a liveable environment for present and future generations. Security also implies that essential human needs, notably in the field of nu-

1) Vgl. Barry Buzan, *People, States and Fear*, Boulder 1983.

2) Dietrich Fischer, *Nonmilitary Aspects of Security: A Systems Approach*, Aldershot 1993, 10. Zur Ausweitung des Sicherheitsbegriffs siehe auch Dieter Wellershof, *Mit Sicherheit. Neue Sicherheitspolitik zwischen gestern und morgen*, Bonn 1999.

trition, education, housing and public health [are satisfied; Anm. des Verf.].⁴²⁾

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, vor diesem Hintergrund einen aktuellen Überblick über die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums zu liefern und auf der Folie des dargelegten erweiterten Sicherheitsverständnisses zu skizzieren. Dies geschieht aus einer vergleichenden Perspektive sowie, um eine höhere Systematisierung zu erzielen, entlang der drei eng miteinander verwobenen Dimensionen *Wohlfahrt / Ressourcenallokation, Herrschaft, Konflikt / äußere Sicherheit*. Zwar unterscheiden sich Israel und die Länder Nordafrikas und des Maschrecks hinsichtlich des Ausprägungsgrades der jeweiligen Dimension. Ihnen allen ist aber eine Herausforderung gemeinsam, die es zunächst zu beleuchten gilt. Es sind die hohen Bevölkerungszuwachsraten.

■ **Demographisches Wachstum als Entwicklungshindernis**

Im Zeitraum zwischen 1965 und 1989 wies der Großraum des südlichen Mittelmeers das weltweit höchste Bevölkerungswachstum auf. Aufgrund des durch medizinischen Fortschritt bedingten Sterblichkeitsrückgangs, der damit einhergehenden gestiegenen Lebenserwartung sowie der im Vergleich zu den EU-Staaten mehr als doppelt so hohen Fertilitätsraten in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums (LsM) – durchschnittlich 1,54 Geburten pro Frau in der EU stehen 1999 3,47 Geburten in den LsM gegenüber – hat sich das Bevölkerungsverhältnis zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum in den letzten fünfzig Jahren deutlich verschoben. Dies konnte auch nicht durch die wesentlich höhere Geburtensterblichkeit in den LsM aufgefangen werden. Lebten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in den LsM 32 Prozent und in den nördlichen Mittelmeeranrainern 68 Prozent der Gesamtbevölkerung, so betrug das Verhältnis 1990 bereits 42 Prozent zu 58 Prozent. Projektionen des UNDP zufolge wird es sich bis 2015 umkehren, dies, obwohl die Geburtenziffern in den LsM seit Mitte der achtziger Jahre bereits gefallen sind. Während 1975 noch 94,1 Millionen Menschen in den LsM lebten, ist die Zahl bis 1998 bereits auf 163,6 Millionen

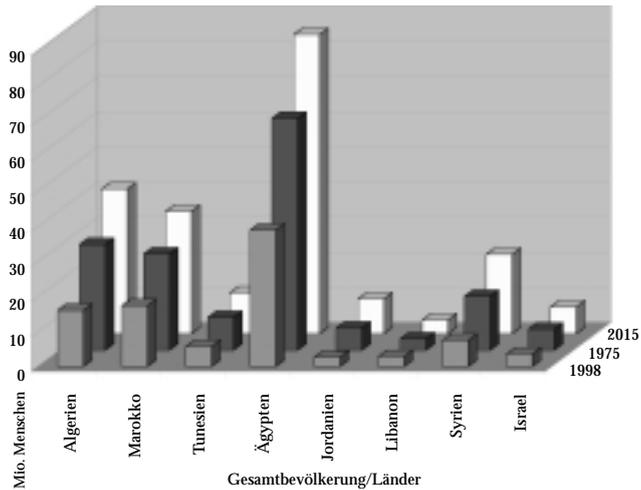
II Tabelle 1: Demografische Daten der Länder des südlichen Mittelmeerraums

	Algerien	Marokko	Tunesien	Ägypten	Jordanien	Libanon	Syrien	Palästinensische Autonomiegebiete	Israel
Gesamtbevölkerung (in Mio.)	1975	17,3	5,7	38,8	2,6	2,8	7,4	k.A.	3,5
	1998	30,1	27,4	9,3	66,0	6,3	15,3	2,8	6,0
	2015	41,2	34,8	11,6	85,2	9,9	3,9	22,6	k.A.
Jährliches Bevölkerungswachstum (in %)	1975-1998	2,0	2,2	2,3	3,9	0,6	3,2	3,1	2,4
	1998-2015	1,9	1,4	1,3	1,5	2,7	2,3	3,1	1,4
Städtische Bevölkerung (in %)	1975	40,3	37,7	49,9	43,5	55,3	45,1	k.A.	86,6
	1998	57,9	54,0	64,1	45,3	73,1	53,5	k.A.	91,0
	2015	67,5	64,3	73,5	53,5	79,8	92,6	62,1	k.A.
Bevölkerung nach Altersgruppen (in %) 1995	Unter 15 Jahren	38,7	36,2	34,9	39,4	43,3	47,3	46,5	29,1
	Von 15 bis 64 Jahren	57,7	9,2	60,7	57,2	54,0	60,4	49,9	61,4
	65 Jahre und älter	3,6	4,6	4,4	3,4	2,7	2,8	3,4	9,5

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000; European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000; k.A. = keine Angabe.

angestiegen und wird, ausgehend von den in Tabelle 1 enthaltenen jährlichen Bevölkerungszuwachsraten, im Jahr 2015 ca. 217 Millionen betragen. Innerhalb eines Zeitraumes von 40 Jahren wird sich somit die Bevölkerungszahl im südlichen Mittelmeerraum verdoppelt haben.

I Schaubild 1: Demografische Entwicklung in den LsM



Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000.

Der Bevölkerungszuwachs ist, dies machen Tabelle 1 und Schaubild 1 deutlich, in den einzelnen LsM unterschiedlich ausgeprägt. Mit Ausnahme des Libanon, dessen Bevölkerung sich bis 2015 „lediglich“ um ca. 39 Prozent erhöhen wird, liegt der prognostizierte Bevölkerungszuwachs in den drei Maghreb-Staaten sowie in Ägypten und Israel im selben Zeitraum zwischen 101 Prozent (Marokko) und 157 Prozent (Algerien). Noch höhere Raten weisen Syrien mit 205 Prozent und Jordanien mit gar 280 Prozent auf.³⁾ Da das Territorium, welches einen unabhängigen Staat Palästina künftig umfassen soll, noch nicht definiert ist, sind genaue und verlässliche Zahlen über die palästinensische Bevölkerungsentwicklung nur spärlich vorhanden. Die seit 1996 von der in Gaza ansässigen Economics and Social Monitoring Unit of the United Nations Office of the Special Coordinator in the Occupied Territories (UNSCO) herausgegebenen Berichte geben aber zumindest ansatzweise Aufschluss über die in der West Bank und im Gaza-Streifen ansässigen Palästinenser. Entsprechend dem ersten 1997 erschienenen Bericht vollzieht sich auch

3) Die übrigen Werte sind: Tunesien 103,5 Prozent, Ägypten 119,6, Israel 117,1 Prozent.

in den Palästinensischen Autonomiegebieten ein massiver Bevölkerungszuwachs. Allein für den Zeitraum von Ende 1992 bis 1996 beträgt dieser bereits ca. 28 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt bedeutet das eine Zunahme der Bevölkerung von 1 864 500 auf 2 383 500 Menschen bei einer Fertilitätsrate von 7,6 im Gaza-Streifen.⁴⁾ Letzterer stellt mit einer Bevölkerungsdichte von 2807,7 Einwohner/km² auch das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt dar.

Zwar haben mit Ausnahme der Palästinensischen Autonomiegebiete nahezu alle LsM in den achtziger und neunziger Jahren anti-natale Politiken eingeführt, die auf Aufklärung, Geburtenkontrolle und Empfängnisverhütung setzen und das demografische Wachstum potenziell erheblich reduzieren können und die im Falle Tunesiens und Ägyptens auch bewiesen haben, dass sich progressive Bevölkerungspolitik und islamische Kultur bzw. die Anwendung der *Sharia* durchaus vereinbaren lassen.⁵⁾ Dennoch überdeckt dies nicht die noch immer kritischen und im Vergleich zu den Ländern der EU äußerst hohen Zuwachsziffern. Im Falle Israels resultieren diese neben der Fertilitätsrate von 2,98 Geburten/Frau zusätzlich aus der hohen Zahl jüdischer Immigranten im Rahmen einer aktiven Einwanderungspolitik, welche primär zur Stärkung der Position Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Israel und in den besetzten Gebieten instrumentalisiert wird. In Jordanien hingegen ist der Kampf gegen die noch höheren Geburtenziffern bislang wenig erfolgreich geblieben. Der Rückgang der Zuwachsraten ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die während des zweiten Golfkrieges insbesondere aus Kuwait und Saudi-Arabien geflohenen bzw. ausgewiesenen jordanischen Passinhaber (so die euphemistische Umschreibung für eingebürgerte Palästinenser), die Anfang der neunziger Jahre zu einem Bevölkerungsanstieg beigetragen haben, mittlerweile eingegliedert wurden.

Das demografische Wachstum hat wiederum zu einer erheblichen Veränderung sowohl der Altersstruktur als auch der Urbanisationsraten der LsM geführt und wird dies, sofern eine nachhaltige demografische Transition ausbleibt, auch weiterhin tun. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Mitte der neunziger Jahre hat sich die gesamte Bevölkerung im südlichen Mittelmeerraum um das fünffache ver-

4) Vgl. *Economic and Social Conditions in the West Bank and Gaza Strip. First Quarterly Report 1997* des UN Special Coordinator's Office in the Occupied Territories. Diese Zahlen beziehen sich lediglich auf die innerhalb der Palästinensischen Autonomiegebiete lebenden Palästinenser. Nicht mitgezählt sind die noch in anderen arabischen Ländern lebenden Palästinenser.

5) Insbesondere in Tunesien hat die Politik der Frauenförderung unter Staatspräsident Ben Ali, welche die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und das öffentliche Leben verfolgt, nachhaltig zur Senkung der Geburtenrate beigetragen. In Ägypten ist die Eindämmung des Bevölkerungswachstums sogar in der Nationalcharta festgeschrieben und wurde von Staatspräsident Hosny Mubarak bei dessen Amtsantritt im Oktober 1981 zu einem Schwerpunkt seiner Politik erhoben.

mehrt, während die städtische Bevölkerung im gleichen Zeitraum um das fünfzehnfache angestiegen ist. Spitzenreiter mit einer weiterhin steigenden Urbanisationsrate von gegenwärtig über 90 Prozent sind dabei der Libanon und Israel. Bereitet dies für Israel angesichts seiner wirtschaftlichen Entwicklung nur geringfügig Probleme, so hat die Landflucht in Ägypten und auch in Algerien, Marokko und Tunesien durch die zu Lasten fruchtbarer landwirtschaftlicher Küstengebiete gehende Entstehung slumartiger Vorstädte bereits zu einer Veränderung der Sozial- und Stadtstrukturen geführt.⁶⁾ Defizitäre Infrastrukturen, Wohnungs- und Arbeitsplatzmangel, nicht-existente/unzureichende Gesundheitsfürsorgesysteme sowie zunehmende Verelendung sind nur einige Charakteristika, die als Folge der demografischen Entwicklung ein erhebliches Potenzial sozialer und politischer Sprengkraft in sich bergen. Anders als in den Staaten der EU sind gegenwärtig – mit steigender Tendenz – ca. 35 bis 47 Prozent der Bevölkerung in den LsM unter 15 Jahren, was nicht nur die jeweiligen Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktsysteme vor enorme Herausforderungen stellt, sondern zur Wahrung der politischen Stabilität auch die Integration der jungen Bevölkerungsgruppen durch die (zumeist autoritären) politischen Systeme verlangt. In Anlehnung an Berechnungen der Weltbank wird in diesem Zusammenhang vielfach darauf hingewiesen, dass es im südlichen Mittelmeerraum zukünftig eines mindestens fünf- bis sechszehnten realen Wirtschaftswachstums bedarf, um sowohl mit dem demografischen Zuwachs Schritt zu halten als auch um das Pro-Kopf-Einkommen anzuheben.

6) In Algerien und Ägypten ist die städtische Bevölkerung zwischen 1966 und 1990 von 3,712 auf 12,912 bzw. von 12,384 auf 24,483 Millionen Menschen angewachsen, in Marokko und Tunesien zwischen 1971 und 1990 von 5,368 auf 12,130 bzw. von 2,178 auf 4,384 Millionen Menschen. Ausführlich dazu, vgl. die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Länderberichte.

■ Wohlfahrt/Ressourcenallokation

Der Blick auf die makroökonomischen Daten zeigt zwar, dass derartige Wachstumsraten durchaus im Bereich des Möglichen und damit sogar weit über dem EU-Durchschnitt liegen – immerhin weisen zwischen 1997 und 1998 alle LsM mit Ausnahme von Syrien, das nahezu ein Null-Wachstum zu verzeichnen hatte, ein BIP-Wachstum auf, das von 3,3 Prozent (Jordanien) bis zu 7,0 Prozent (Marokko und Palästinensische Autonomiegebiete) reicht.

II Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt der Länder des südlichen Mittelmeerraums

	Bevölkerung (in Mio.)	Fläche (in 1000 qm)	Bruttoinlands- Produkt			Bruttoinlands- Produkt pro Kopf			Kaufkraftparität BIP	
			US-\$ Mrd.	Rang	Jährl. Wachs- tum in %	US-\$	Rang	Jährl. Wachs- tum in %	Pro Kopf US-\$	Rang
	2000	1998	1998	1998	1997-1998	1998	1998	1997-1998	1998	1998
Algerien	31,193	2382	46,4	51	5,8	1550	113	3,6	4595	101
Marokko	30,122	447	34,4	56	7,0	1240	124	5,3	3188	128
Tunesien	9,593	164	19,2	69	5,5	2060	101	4,1	5169	94
Ägypten	68,359	1001	79,2	40	6,3	1290	121	4,5	3146	129
Jordanien	4,998	89	5,3	106	3,3	1150	128	0,5	2615	139
Libanon	3,578	10	14,8	k.A.	5,0	3510	94	k.A.	k.A.	k.A.
Syrien	16,305	185	15,5	74	0,2	1020	133	- 2,3	2702	138
Israel	5,842	21	96,5	36	3,4	16180	32	1,2	16861	38
Paläst. Autonomiegebiete	3,0	k.A.	4,3	119	7,0	1560	112	3,0	k.A.	k.A.

Quelle: The World Bank: World Development Indicators 2000; CIA: The World Factbook 2000; European Commission/eurostat: Euro-Mediterranean statistics 1/2000.
k.A.=keine Angabe.

- 7) Mit 33040 US-Dollar hat Dänemark 1998 das höchste Pro-Kopf-BIP in der EU erwirtschaftet, während Syrien mit einem Pro-Kopf-BIP von 1020 US-Dollar den niedrigsten Wert aller DLM aufweist und international damit auf Platz 133 rangiert.
- 8) In dieser Zahl sind die Palästinensischen Autonomiegebiete nicht enthalten.
- 9) Mit 236 Millionen US-Dollar weist Marokko im Jahr 2000 das niedrigste Zahlungsbilanzdefizit aller LsM auf, der Libanon hingegen mit 4,9 Milliarden US-Dollar das höchste. Für den Zeitraum von 1981 bis 1996 weisen alle LsM, mit Ausnahme Algeriens, das aufgrund seiner Erdöl- und Erdgasausfuhren regelmäßig einen Handelsbilanzüberschuss erzielt, eine negative Handelsbilanz auf.
- 10) Vgl. Steffen Angenendt/Sonia Benyoussef, „Wandlungsbewegungen aus Nordafrika: Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Europäische Union“, in: Jacobs, Andreas/Masala, Carlo (Hrsg.), *Hannibal ante portas? Analysen zur Sicherheit an der Südflanke Europas*, Baden-Baden 2000, S. 140. Hinsichtlich der algerischen Rücküberweisungen sind verlässliche Daten aufgrund der innenpolitischen Situation des Landes gegenwärtig nicht erhältlich. In Syrien, um ein anderes Beispiel zu geben, haben sich die Rücküberweisungen zwischen 1991 und 1994 auf ca. 900 Millionen US-Dollar erhöht.
- 11) So hat beispielsweise Ägypten seit 1991 314 Staatsbetriebe zum Verkauf zugelassen, wovon bis Ende 1999 allerdings erst 128 ganz oder teilweise verkauft wurden. Seit 1997 hat sich das Tempo der Privatisierungen aber stetig verlangsamt.

Dennoch macht aber sowohl das absolute BIP als auch das Pro-Kopf-BIP der LsM (mit Ausnahme von Israel) nur einen Bruchteil der europäischen Werte aus. 1997 umfasste das Bruttosozialprodukt der vier EU-Mittelmeeranrainer allein bereits 88 Prozent aller LsM. Liegt Portugal als das EU-Land mit dem kleinsten Pro-Kopf-BIP von 10670 US-Dollar im internationalen Vergleich noch auf Position 48, so ist mit Ausnahme Israels und des Libanon kein LsM auf den ersten hundert Plätzen zu finden.⁷⁾ Freilich haben die hohen BIP-Wachstumsraten der LsM das Potential, zur Steigerung der individuellen Einkommensverhältnisse beizutragen. Ihr Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird jedoch noch immer weitgehend durch die Bevölkerungszuwachsziffern neutralisiert.

Obwohl die LsM trotz massiver Kürzungen im Vergleich zu 1992 mit insgesamt 4846,2 Millionen US-Dollar weltweit zu den Ländern mit der höchsten Entwicklungshilfe gehören,⁸⁾ haben diese Finanztransfers bislang kaum zur Verbesserung der mikro- und makroökonomischen Verhältnisse beitragen können. Wie aus Tabelle 3 zu erkennen ist, absorbieren die hohe Auslandverschuldung – lediglich Marokko, bedingt durch die Auflagen der Weltbank und des IWF, sowie Ägypten, infolge des Schuldenerlasses im Zuge des zweiten Golfkrieges, konnten in den letzten Jahren ihre Schuldenlast deutlich senken – sowie die hohen Handels- und Zahlungsbilanzdefizite einen Großteil der externen Finanzhilfen.⁹⁾

Weitere externe Finanzhilfen, die eine wichtige Quelle für Konsum und Investitionen darstellen, sind die Rücküberweisungen der in Europa und in den bevölkerungsarmen Golfstaaten ansässigen Arbeitsmigranten aus den LsM. Während die Überweisungen tunesischer und marokkanischer Gastarbeiter im Jahr 2000 3,9 Prozent bzw. 7,3 Prozent des jeweiligen Bruttosozialproduktes ausmachten, lag der Anteil im Maschreck sogar zwischen neun Prozent und zehn Prozent.¹⁰⁾

Wenngleich der überwiegende Teil der LsM in den letzten Jahren mit der Einleitung ökonomischer Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte – der sogenannten *infitah* –,¹¹⁾ dem Abbau der Haushaltsdefizite und der Kürzung der Ausgaben im öffentlichen Sektor begonnen hat, leiden alle arabischen LsM un-

II Tabelle 3: Entwicklungshilfe und Verschuldung der LSM

	Erhaltene Offizielle Entwicklungshilfe (ODA)				Auslandsverschuldung				Totale Schuldenbedienung (in % der exportierten Güter und Dienstleistungen)			
	Total (US-\$ Mio.)		in % vom BSP		Pro Kopf US-\$		Total (US-\$ Mio.)				in % vom BSP	
	1992	1998	1992	1998	1992	1998	1985	1998			1985	1998
Algerien	405,9	388,8	0,9	0,8	15,6	13,0	18260	30665	32,4	67,5	35,6	42,0
Marokko	946,3	528,3	3,5	1,5	37,3	19,0	15779	20687	129,2	60,3	34,6	23,0
Tunesien	390,1	148,3	2,6	0,7	46,1	15,8	4884	11078	60,6	58,0	25,0	15,1
Ägypten	3602,5	1914,9	10,2	2,4	65,1	31,2	36102	31964	115,0	37,3	25,8	9,5
Jordanien	425,1	408,2	8,9	5,9	107,6	89,5	4022	8484	78,7	146,9	17,2	16,4
Libanon	123,5	236,0	2,1	1,4	33,0	56,1	870	6725	k.A.	40,7	k.A.	18,7
Syrien	197,4	155,8	1,6	1,0	14,9	10,2	10843	22435	66,5	137,9	12,3	6,4
Israel	2065,8	1065,9	3,0	1,1	411,0	178,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Paläst. Autonomiegebiete	k.A.	598,0	k.A.	k.A.	k.A.	219,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000; k.A. = keine Angabe.

12) Beispielsweise liegt die Produktivität im syrischen öffentlichen Sektor mit ca. 1,4 Prozent je Kapazität selbst hinter der durchschnittlichen Produktivität (ca. zehn Prozent je Kapazität) in den meisten Entwicklungsländern.

ter einer relativ hohen Geldentwertung sowie mit Ausnahme von Israel unter der weltweit niedrigsten Produktivität. Damit eng verbunden ist wiederum ein unattraktives Investitionsklima, dass die wirtschaftliche Entwicklung erheblich einschränkt.¹²⁾ Das geringe Produktivitätsniveau spiegelt sich zwar nicht in den Arbeitslosenzahlen wider, die abgesehen von den Ziffern in den Palästinensischen Autonomiegebieten auf den ersten Blick gar mit den in der EU geltenden Ziffern vergleichbar erscheinen. Dies hat jedoch keine Aussagekraft, da in allen LsM das Phänomen verschleierter Beschäftigung auszumachen ist und, wie beispielsweise in Marokko, zunehmend Beschäftigungsverhältnisse auf Niedriglohnbasis abgeschlossen werden. Äußerst angespannt ist die Arbeitsmarktsituation in der West-Bank sowie im Gaza-Streifen, wo die Zahl der Arbeitsplätze aufgrund der zahlreichen in Israel beschäftigten Palästinenser in bedeutendem Maße von den Schließungen der Grenzen durch Israel abhängt. Unter Verweis auf die UNSCO ist zu bemerken, dass die von Israel verhängten Grenzsicherungen im Zeitraum von 1993 bis 1996 zu einem Ausfall von 233 Arbeitstagen, zu schwankenden Arbeitslosenraten zwischen 25 und 55 Prozent und damit auch zu erheblichen Einkommensverlusten für die in Israel arbeitenden Palästinenser geführt haben. Dies hat allein im Jahr 1996 einen Rückgang des palästinensischen Pro-Kopf-Einkommens um mehr als acht Prozent nach sich gezogen. Ferner hat es sich neben den damit verbundenen Effekten für die Kaufkraft und den Konsum auch negativ auf den in den Autonomiegebieten geleisteten Investitionsumfang ausgewirkt, der bedingt durch den seit September 2000 ausgesetzten Nahost-Friedensprozess gegenwärtig noch weiter zurückgeht.

Stellen die Palästinensischen Autonomiegebiete durch die bislang nicht geklärte Souveränitätsfrage sowie die Aufteilung der West-Bank und des Gaza-Streifens in die unterschiedliche Autonomiegrade besitzenden Gebiete A, B, C einen Sonderfall unter den LsM dar, so sind z.B. der dominante öffentliche Sektor, eine stagnierende bzw. nur geringfügig voranschreitende Deregulierung und die Befriedigung von Günstlingsnetzwerken durchaus Charakteristika, die in unterschiedlicher Ausprägung repräsentativ für

den gesamten südlichen Mittelmeerraum sind. Ein weiteres gemeinsames Kennzeichen der ökonomischen Entwicklung ist die mit Ausnahme Israels geringe Exportdiversifizierung aller LsM sowie ihre mangelhafte Integration in den Weltmarkt. Insbesondere das erdöl- und erdgasreiche Algerien, als einer der wichtigsten Energielieferanten der EU,¹³⁾ aber auch die ebenfalls über Erdölvorräte verfügenden Länder Ägypten, Syrien und Tunesien haben es sowohl in den siebziger als auch in den achtziger Jahren versäumt, ihre Hydrokarboneinnahmen zugunsten nachhaltiger ökonomischer Entwicklung, zugunsten der Entwicklung neuer technologischer Kapazitäten, zugunsten einer Steigerung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zugunsten einer Exportdiversifizierung zu verwenden.¹⁴⁾ Konnte die Erdölrente lange Zeit die notwendigen ökonomischen Reform- und Liberalisierungsschritte ersetzen, so haben die zahlreichen Ölpreisschwankungen der letzten dreißig Jahre und der damit einhergehende Rückgang an Deviseneinnahmen sowohl zu einer stetigen Verschlechterung der eigenen internationalen Konkurrenzfähigkeit als auch zu dem mittlerweile zu konstatierenden massiven Reformstau beigetragen. Gegenwärtig sind es vor allem Algerien und Syrien, die sich tiefgreifenden ökonomischen Reformen widersetzen und stattdessen noch immer auf die Praxis des *rent-seeking* setzen. Zwar mag dies, wie erst kürzlich im Falle Algeriens, Investitionen im Erdöl- und Erdgassektor anziehen. Diese Strategie verkennt jedoch neben den Unsicherheiten, denen die Ölpreise und die Nachfrage permanent ausgesetzt sind, vor allem die begrenzte Reichweite der Reserven, die – sofern die gegenwärtigen Förderquoten beibehalten werden – nach aktuellen Berechnungen in ca. elf (Syrien) bzw. 20 Jahren (Algerien) an ihre Grenzen gelangen werden.

Erschwert werden die Exportdiversifizierung und die Herstellung international wettbewerbsfähiger Produkte zusätzlich durch die hohen Ein- und Ausfuhrzölle im Rahmen des noch immer vielfach praktizierten Konzepts der Importsubstitution. Sie stellen für die Staatshaushalte Algeriens, Marokkos, Tunesiens, Ägyptens, Jordaniens, Syriens und des Libanon eine wichtige Einnahmequelle dar und wurden daher, trotz mehrfacher Ankündigungen von den jeweiligen

- 13) Algerien liefert ca. 25 Prozent der europäischen Gasimporte, vereinigt noch ca. ein Prozent des weltweiten Erdölexports auf sich und verfügt über die siebtgrößten Erdgasreserven weltweit.
- 14) In Ägypten beträgt der Anteil mineralischer Brennstoffe an den gesamten Ausfuhren gegenwärtig ca. 50 Prozent, in Tunesien ist der Ausfuhranteil zwischen 1985 und 1992 von 42 Prozent auf ca. 15 Prozent zurückgegangen. Nach Angaben der Internationalen Energiebehörde hat Syrien zwischen 1995 und 2000 im Durchschnitt eine tägliche Fördermenge von 549 000 Barrel.

Regierungen, noch immer nicht aufgehoben bzw. bislang nur geringfügig gesenkt. Unter diesen sieben Ländern wiesen beispielsweise 1997 Jordanien und der Libanon mit einem Anteil der Zolleinnahmen am BIP von 5,1 Prozent und 6,8 Prozent jeweils die höchsten Werte auf.

Neben der wirtschaftlichen ist auch die menschliche Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum wenig fortgeschritten. Nach Angaben des UNDP verfügt außer Israel keines der LsM über einen hohen *Human Development Index*. Vielmehr rangieren sie im weltweiten Vergleich zwischen den Plätzen 82 (Libanon) und 124 (Marokko) und werden als *low developed countries* bzw. *developing countries* eingestuft.¹⁵⁾

- 15) Israel wird im neuesten UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung auf Platz 23 geführt. Die Palästinensischen Autonomiegebiete sind nicht berücksichtigt.
- 16) Unter Migrationsdruck wird die Zahl derjenigen Menschen erfasst, die ein Land verlassen wollen oder die schon illegal in ein anderes Land gewandert sind. Das Migrationspotenzial hingegen beschreibt den Arbeitskräfteüberhang gegenüber dem Arbeitskräftebedarf in einem Land. Allein seit dem Ende der achtziger Jahre haben mehrere hunderttausend Menschen maghrebinischer Herkunft versucht, illegal nach Italien einzureisen. Von den ca. 130 000 in Spanien ansässigen Marokkanern ist nach Angaben des spanischen Innenministeriums die Hälfte illegal eingereist. Nach Informationen der *Financial Times* vom 15.05.1991 sind allein im Jahr 1990 ca. fünf Millionen Nordafrikaner illegal in die EG eingereist.

Die in Tabelle 4 enthaltenen Indikatoren unterstreichen die sozialen Verwerfungen und reflektieren auch die Situation im Bildungssektor und der Gesundheitsfürsorge. Während Jordanien und Tunesien nahezu acht Prozent des BSP für Ausgaben im Bildungsbereich aufwenden und der Anteil in Algerien, Marokko und Ägypten zumindest noch ca. fünf Prozent beträgt, liegt der Bildungssektor in Syrien und im Libanon eindeutig an der Peripherie der nationalen Regierungsprioritäten. Ähnlich verhält es sich mit den öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen in den sieben Ländern. Hier betragen die Aufwendungen im Zeitraum zwischen 1996 und 1998 im Verhältnis zum BSP durchschnittlich ca. drei Prozent, wobei die marokkanische Regierung mit einem Anteil von 1,3 Prozent der medizinischen Versorgung so gut wie keine Bedeutung beizumessen scheint.

Werden sich die skizzierten Entwicklungen im Bereich Wohlfahrt/Ressourcenallokation nicht grundlegend verbessern, wird sich nach Berechnungen der Weltbank das ohnehin schon hohe Wohlstandsgefälle zwischen dem südlichen Mittelmeerraum und den EU-Ländern, dass 1992 bereits ein Verhältnis von 12 : 1 betrug, weiter ausdehnen und sowohl das Migrationspotenzial als auch den von der EU gefürchteten Migrationsdruck weiter ansteigen lassen.¹⁶⁾ Vor dem Hintergrund des Zusammenhangs von ökonomischer Entwicklung und politischer Stabilität ist davon auszugehen, dass dies auch mit Folgen für das ohnehin schon labile politische Gleichgewicht in allen LsM (außer Israel) verbunden sein wird.

II Tabelle 4: Menschliche Armut in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums

	Algerien	Marokko	Tunesien	Ägypten	Jordanien	Libanon	Syrien	
Human Poverty Index (HP-1) Rang, 1999	42	65	36	55	7	13	32	
Human Development Index (HDI) Rang, 2000	107	124	101	119	92	82	111	
Sterberate bis zum 40. Lebensjahr 1998 (in%)	8,8	11,3	7,5	9,9	6,9	7,3	8,2	
Analphabetenrate bei Erwachsenen (15 Jahre und älter; in %) 1998	34,5	52,9	31,3	46,3	11,4	14,9	27,3	
Bevölkerung ohne Zugang zu	Sauberem Wasser (in %), 1990-1998	10	35	2	13	3	6	14
	Medizinischen Diensten (in %), 1981-1993	k.A.	38	10	1	10	5	1
	Sanitären Anlagen (in %), 1990-1998	9	42	20	12	1	37	33
Unternahrung bei Kindern bis zum 5. Lebensjahr (in %), 1990-1998	13	9	9	12	5	3	13	
Anteil am Einkommen oder Konsum	Ärmsten 20% (in %), 1987-1998	7,0	6,6	5,9	9,8	7,6	k.A.	k.A.
	Reichsten 20% (in %), 1987-1998	42,6	46,3	46,3	39,0	44,4	k.A.	k.A.
	Reichsten 20% zu ärmsten 20% (in %), 1987-1998	6,1	7,0	7,8	4,0	5,8	k.A.	k.A.
Bevölkerung unter der Einkommens-/Armutsgrenze (in %)	1 US-\$ pro Tag (1993 PPP US-\$), 1989-1998	15,1	7,5	1,3	3,1	7,4	k.A.	k.A.
	Nationale Armutsgrenze, 1987-1997	22,6	26,0	19,9	k.A.	15,0	k.A.	k.A.

Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000.

■ Herrschaft

Mit Ausnahme von Israel zeichnen sich die Staaten des südlichen Mittelmeerraums durch neo-patrimonial und autoritär verfasste Regierungssysteme aus. Im Falle Marokkos und Jordaniens lassen sie sich als (konstitutionell) monarchisch und im Falle Algeriens, Tunesiens, Ägyptens, Syriens und der Palästinensischen Autonomiegebiete als präsidial typologisieren. Wie die Palästinensischen Autonomiegebiete ist auch der Libanon – trotz des Abzugs des israelischen Militärs aus dem Süden des Landes im Mai 2000 – bedingt durch die seit 1976 bestehende militärische Präsenz Syriens und die Abhängigkeit von ihm, kein territorial souveräner Staat. Vor diesem Hintergrund lässt sich sein politisches System typologisch nicht wirklich exakt einordnen, wenngleich es zumindest formell, d.h. basierend auf dem im Oktober 1989 geschlossenen Abkommen von Ta'if, eine alle konfessionellen Gruppen des Landes einschließende Konkordanzdemokratie darstellt,¹⁷⁾ in der die wichtigsten Machtpositionen nach konfessioneller Zugehörigkeit verteilt sind. Innerhalb der einzelnen konfessionellen Lager sind jedoch politischer Feudalismus vorherrschend und demokratische Traditionen und demokratische Regeln oder Verfahren schwach ausgeprägt.

In den übrigen LsM statten die Verfassungen das jeweilige Staatsoberhaupt mit außerordentlichen Machtbefugnissen aus und ermöglichen ihm eine geradezu omnipotente Stellung. Sie sind jeweils Oberbefehlshaber der nationalen Streitkräfte, erklären den Kriegs- oder Ausnahmezustand, erlassen Dekrete, ernennen und entlassen das Regierungskabinett und den Premierminister, können jederzeit Referenden abhalten lassen und das Parlament auflösen.¹⁸⁾ Die Parlamente wiederum spielen im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nur eine nachgeordnete Rolle und werden zumeist von Hegemonialparteien dominiert, so dass mit Ausnahme von Syrien, wo außer der Ba'th-Partei keine andere politische Partei zugelassen ist, der Einfluss legal existierender Parteien faktisch neutralisiert wird.¹⁹⁾ Neben den schwachen intermediären Strukturen und der in unterschiedlichen Ausprägungen erkennbaren Ko-optation der wichtigsten Machtinstitutionen in den vielfach auch als „arabische Sicherheitsstaaten“ be-

17) Die schiitischen Muslime stellen ca. 30 bis 35 Prozent der libanesischen Bevölkerung, die Sunniten ca. 20 bis 25 Prozent, die christlichen Maroniten ca. 25 Prozent, die Christlich-Orthodoxen ca. zehn Prozent, die Drusen ca. sechs Prozent, die griechischen Katholiken und andere Christen jeweils ca. fünf Prozent.

18) Für den algerischen Staatspräsidenten – seit April 1999 wird das Amt vom früheren Außenminister Abdelaziz Bouteflika ausgeübt – gilt dieser Kompetenzkatalog nur begrenzt, da seit dem Abbruch der Parlamentswahlen im Januar 1992 das Militär im Rahmen des eigentlich verfassungswidrigen Exekutivrates „mitregiert“.

19) In Jordanien sind politische Parteien erst seit 1992 zugelassen.

zeichneten LsM, stützen sich die herrschenden Eliten bei der Vergabe staatlicher Entscheidungspositionen auf Patronage, Kronismus sowie einen exklusiven Nepotismus. Im Arabischen als *wasta* bekannt, garantiert diese Praxis, die jeglichen Elitenpluralismus einschränkt, den Staatsoberhäuptern die Loyalität der zumeist hierarchisch strukturierten Bürokratien und kooptierten Bevölkerungsgruppen und dient gleichzeitig als Macht- und Legitimationsmittel. Die Praxis des *wasta* stellt eine soziale Norm dar, die im Zentrum des Patronagesystems stehend, den persönlichen Kontakt des Einzelnen zu Entscheidungseliten über individuelle Fähigkeiten und Leistungen erhebt. Das heißt, materielle Sicherheit, sozialer Status und Aufstiegschancen resultieren zu einem Großteil aus der Teilhabe an klientelistischen Günstlingnetzwerken, welche – unter Zugrundelegung des Rationalitätspostulats – nicht nur keine Anreize zu Produktivitätssteigerungen bieten, sondern den eigentlichen Kern der Herrschaftssicherung bilden.

Wie aus Tabelle 5 zu erkennen ist, werden in den LsM die Verwirklichung bürgerlicher (u.a. Meinungs-, Religions-, Versammlungs-, Pressefreiheit) und politischer Rechte (Abhaltung freier und fairer Wahlen, Verantwortlichkeit der Regierungen gegenüber dem Wahlvolk, Einhaltung politischer Freiheitsrechte) mehr (Marokko) oder minder (Jordanien) massiv eingeschränkt bzw. weitgehend (Algerien, Tunesien, Ägypten, Libanon) oder vollständig (Syrien) außer Kraft gesetzt. Syrien wird von Freedom House gar zur Gruppe der zehn repressivsten Regime weltweit gezählt.²⁰⁾

Abgesehen von dem als „Fassadendemokratie“ titulierten Jordanien, das bedingt durch die seit 1989 unternommenen politischen Liberalisierungsschritte eine gewisse Ausnahme darstellt, zeichnen sich die südlichen Mittelmeerränder durch ein vor allem von potenziellen ausländischen Investoren immer wieder beklagtes Fehlen von rechtsstaatlichen Strukturen und Rechtssicherheit aus. Nach Angaben internationaler Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch wird in allen LsM, d.h. auch in Jordanien und ebenfalls in Israel, regelmäßig und in verschiedenen Formen, sei es durch illegale Inhaftierungen, Folterungen, Misshandlungen, extra-legale Hinrichtungen und Tötun-

20) Vgl. <<http://www.freedomhouse.org>>.

II Tabelle 5: Politische Offenheit in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums (Politische Rechte, Bürgerrechte, Freiheitsrechte), 1988–2000

	Algerien	Marokko	Tunesien	Ägypten	Jordanien	Libanon	Syrien	Israel
1988–1989	5 6 NF	4 5 TF	6 4 TF	5 4 TF	6 5 NF	6 5 NF	6 7 NF	2 2 F
1989–1990	6 4 TF	4 4 TF	5 3 TF	5 4 TF	5 5 TF	6 5 NF	7 7 NF	2 2 F
1990–1991	4 4 TF	4 4 TF	5 4 TF	5 4 TF	5 5 TF	6 5 NF	7 7 NF	2 2 F
1991–1992	4 4 TF	5 5 TF	5 5 TF	5 5 TF	4 4 PF	6 4 TF	7 7 NF	2 2 F
1992–1993	7 6 NF	6 5 TF	6 5 TF	5 6 TF	3 3 TF	5 4 TF	7 7 NF	2 2 F
1993–1994	7 6 NF	5 5 TF	6 5 NF	6 6 NF	4 4 TF	6 5 TF	7 7 NF	1 3 F
1994–1995	7 7 NF	5 5 TF	6 5 NF	6 6 NF	4 4 TF	6 5 NF	7 7 NF	1 3 F
1996–1997	6 6 NF	5 5 TF	6 5 NF	6 6 NF	4 4 TF	6 5 NF	7 7 NF	1 3 F
1997–1998	6 6 NF	5 5 TF	6 5 NF	6 6 NF	4 4 TF	6 5 NF	7 7 NF	1 3 F
1998–1999	6 5 NF	5 4 TF	6 5 NF	6 6 NF	4 5 TF	6 5 NF	7 7 NF	1 3 F
1999–2000	6 5 NF	5 4 TF	6 5 NF	6 5 NF	4 4 TF	6 5 NF	7 7 NF	1 2 F

Quelle: Freedom House Country Ratings 2002.

Die erste Ziffer ist der Indikator für die politischen Rechte, die zweite Ziffer für die Bürgerrechte; der Freiheitsstatus F wird untergliedert in F = Frei, TF = Teilweise Frei, NF = Unfrei. Länder, deren kombinierter Durchschnitt hinsichtlich politischer und bürgerlicher Rechte zwischen 1,0 und 2,5 fällt, werden als „Frei“, zwischen 3,0 und 5,5 als „Teilweise Frei“, zwischen 5,5 und 7,0 als „Unfrei“ eingestuft.

gen durch Sicherheitskräfte oder durch unmenschliche Haftbedingungen, Diskriminierung von Bevölkerungsminderheiten und Hauszerstörungen, massiv gegen die Menschenrechte verstoßen. Ferner ist trotz eines gewachsenen Medienpluralismus auch die Pressefreiheit erheblich eingeschränkt. In Ägypten, in dem die Verhängung des Ausnahmezustands zu einer dauerhaften Institution geworden ist, sowie in Syrien sind die Medien gleichgeschaltet. In Tunesien wurde die Zensur in den letzten Jahren erneut deutlich verschärft.

Wenngleich in allen LsM regelmäßig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten werden, so dienen diese (abermals mit Ausnahme von Israel) zuvorderst der Bestätigung und Akklamation der Regierungspartei bzw. des jeweiligen Staatspräsidenten. Trotz der beispielsweise in Ägypten und Tunesien üblichen Praxis, eine Mindestanzahl von Parlamentssitzen für die Opposition bereitzustellen,²¹⁾ handelt es sich bei den (kontrollierten) Wahlen um Abstimmungen ohne Aussichten auf Regierungswechsel. Zwar stellt Marokko, wo seit März 1999 mit Abd al-Rahman Youssufi erstmals ein sozialistischer Oppositionspolitiker als Premierminister im Amt ist, in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Seine Ernennung relativiert sich aber vor dem Hintergrund, dass bereits zwei Jahre zuvor mit dem *Madschlis el-Mustasharin* eine zweite, weitgehend vom damaligen König Hassan II. auf neun Jahre ernannte Parlamentskammer errichtet wurde, die als Gegengewicht zu unliebsamen Konstellationen in der ersten Kammer fungieren soll.²²⁾

Vielmehr versuchen die Regime mit Ausnahme des konfessionell heterogenen Libanon und des jüdischen Israel, ihre Herrschaft durch den Verweis auf den Islam zu legitimieren bzw. durch eine (Über-)Betonung und Intensivierung islamischer Elemente und Prinzipien ihre Legitimitätsbasis in den Bevölkerungen zu erhöhen. Bedingt durch das in allen LsM ausgeprägte, jedoch nicht befriedigte Verlangen nach politischer Mitsprache und Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung sowie durch die zu konstatierende Delegitimation des lange Zeit weithin praktizierten sozialistischen Gesellschaftsmodells und die wachsende sozioökonomische Krisenhaftigkeit findet aber stattdessen eine Legitimi-

21) In Ägypten werden der Opposition zehn von 454 Sitzen, in Tunesien 34 von 182 Parlamentssitzen garantiert.

22) Gleiches gilt für Algerien, wo 1996 der Rat der Nation errichtet wurde, in dem ein Drittel der Mitglieder vom Staatspräsidenten (in Absprache mit dem Exekutivrat) ernannt werden. In Jordanien wird der gesamte 40-köpfige Senat vom König ernannt.

tätererosion statt. Dieser Zerfall spiegelt sich seit Ende der achtziger Jahre nicht nur in immer wieder aufflackernden „Brotrevolten“ wie beispielsweise Ende 1988 in Algerien und Anfang 1989 in Jordanien wider. Er zeigt sich noch deutlicher in einem Anwachsen islamistischer Bewegungen, die „in populistischer Weise ethno-religiöse Konzepte instrumentalisieren, um überlebte Herrschaftsstrukturen zu bekämpfen – oder schlicht zu übernehmen.“²³⁾

23) Werner Ruf, „Islamischer Fundamentalismus“, in: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hrsg.), *Friedens- und Konfliktforschung*, Opladen, 1999, S. 283.

24) Ebd., 283.

Zweifellos kann die Entstehung islamistischer Tendenzen auch als Versuch der Identitätsfindung oder als Anzeichen für eine im Entstehen begriffene Zivilgesellschaft interpretiert werden. Hauptursachenkomplex ist aber das bereits angedeutete Unvermögen der politischen und wirtschaftlichen Teilsysteme, die gesellschaftlich verbindliche Allokation von Werten und Gütern zu sichern. Der Islamismus dient, wie Werner Ruf treffend formuliert, als „mobilisierende und einigende Ideologie der wachsenden Masse der ‚Modernisierungsverlierer‘“²⁴⁾ und strebt die Errichtung eines auf der strikten Anwendung der *Sharia* basierenden islamischen Staates an. Je nach arabischem LsM unterscheiden sich die einzelnen islamistischen Gruppierungen hinsichtlich ihrer Ideologien und Zielsetzungen, aber auch hinsichtlich der von ihnen angewandten (gewaltfreien oder gewaltsamen) Methoden. Das wirft wiederum die Frage nach den Strategien auf, mit denen die jeweiligen Regime dem Phänomen begegnen.

Mit Ausnahme der Palästinensischen Autonomiegebiete, in denen die säkulare Autonomiebehörde und die beiden bedeutendsten islamistischen Gruppierungen *Hamas* und *Jihad* um die alleinige Anerkennung als wichtigste Befreiungsbewegung konkurrieren, lassen sich in den übrigen arabischen LsM drei Strategien mit jeweils unterschiedlichen Ergebnissen identifizieren: *Containment* durch *Inklusion* (Libanon, Jordanien, Marokko), *Repression* und *Konfrontation* (Algerien, Ägypten und Tunesien) sowie totale *Eliminierung* (Syrien).

Bedingt durch das Abkommen von Ta'if sind die Islamisten im Libanon seit 1992 aktiv im 128-köpfigen Parlament vertreten und unterstützen nun das von ihnen während des Bürgerkrieges noch bekämpfte konfessionsübergreifende System. In Jordanien ist die größte islamistische Bewegung, die isla-

mische Bruderschaft *Ikhwan al-Muslimin* bereits seit 1945 zugelassen und vom Königshaus kooptiert. Im Austausch für Loyalität und Königstreue erhält sie weitgehende Handlungsfreiheit insbesondere im kulturellen und Bildungssektor. Seit der 1989 erfolgten Teilöffnung des politischen Systems ist sie zu einer der stärksten politischen Kräfte des Landes geworden, ohne aber die Legitimität des Königshauses ernsthaft in Frage zu stellen. In Marokko existieren mehr als zwanzig islamistische Bewegungen, die aber die alaoutische Dynastie, welche sich – dies ist auch in der marokkanischen Verfassung verankert – in direkter Nachfolge des Propheten Mohammed sieht, seit dem Verbot der *al-Shabiba*-Organisation 1975 weder unter König Hassan II. noch unter seinem Sohn und Nachfolger Mohammed VI. nachhaltig gefährden konnten. Die verschiedenen Gruppen werden von den marokkanischen Sicherheitsbehörden aber genau überwacht, die wohl populärste Bewegung in Marokko, „Gerechtigkeit und Wohltätigkeit“, 1990 für illegal erklärt und ihr Führer, Abd al-assem Yassin, bis Mai 2000 inhaftiert. Zu den Parlamentswahlen im November 1997 wurde schließlich erstmals eine islamistische Bewegung zugelassen.

Dass das säkular regierte Syrien bislang so gut wie kaum von islamistischer Agitation betroffen wurde, liegt ausschließlich an dem gewaltsamen, jegliche politische Opposition im Keim erstickenden Vorgehen der syrischen Sicherheitskräfte. Beispielhaft dafür steht das sogenannte *Hama*-Massaker von 1982, bei dem der syrische Ableger der islamischen Bruderschaft vernichtet wurde. Zwar gibt es über das ganze Land verteilt noch immer islamistische Faktionen. Diese sind jedoch durch das totalitäre Vorgehen Assads weitgehend eingeschüchtert worden und stellen gegenwärtig keine Gefahr für das Regime unter Assads Sohn und Nachfolger Baschar al-Assad dar. Ein ähnlicher Befund gilt für Tunesien, wo seit dem von Staatspräsident Ben Ali nicht anerkannten Wahlerfolg der Kandidaten der *Al-Nahda* bei den Parlamentswahlen im April 1989 öffentliche islamistische Manifestationen aufgrund der staatlichen Repressionspolitik, die in ihrem Ausmaß nicht ganz mit der noch gewaltsameren syrischen Strategie vergleichbar ist, seltener geworden sind. Einen stärkeren Grund zur Sorge stellt für das tunesische Regime neben der kon-

tinuierlichen Agitation des in Großbritannien im Exil lebenden Anführers der Al-Nahda, Rachid Ghanoushi, mittlerweile ein mögliches Übergreifen der sich seit 1992 in Algerien vollziehenden Gewalttätigkeiten sowie des in Ägypten immer wieder zu beobachtenden radikal-religiösen Terrors auf das tunesische Gemeinwesen dar.

Ägypten, in dem die sich mittlerweile über zahlreiche Länder des arabischen Großraumes erstreckende islamische Bruderschaft in den zwanziger Jahren gegründet wurde, weist nicht nur eine lange Geschichte islamistischer Betätigungen auf, sondern neben der islamischen Bruderschaft auch eine große Zahl gewaltbereiter Gruppierungen. Diese berufen sich auf die radikalen Schriften von Sayyid Outb und werden neben den zahlreichen Anschlägen auf ägyptische Regierungsmitglieder, Journalisten, ausländische Touristen und koptische Christen auch für die Ermordung des früheren Staatspräsidenten Anwar Sadat im Oktober 1981 verantwortlich gemacht. Zwar gehen die ägyptischen Sicherheitskräfte gewaltsam und kompromisslos gegen die in der Bevölkerung wenig Unterstützung erhaltenden *Jama'at* und *Jihad* vor. Dies hat aber weder den entstandenen Imageverlust und den durch einen Rückgang der Zahl ausländischer Touristen zwischenzeitlich eingesetzten Devisenrückgang noch die Ausbreitung der gewaltlos und subtiler agierenden islamischen Bruderschaft verhindern können. Genoss letztere lange Zeit einen relativ weiten Handlungsspielraum, so verfolgt die ägyptische Regierung seit Beginn der neunziger Jahre nun auch ihr gegenüber einen deutlichen Konfrontationskurs.

Welche Folgen diese nach dem Sieg der FIS im ersten Wahlgang bei den ersten freien Parlamentswahlen im Dezember 1991 angewandte Strategie in Algerien hatte, zeigt sich an der seitherigen innenpolitischen Situation des Landes. Aus Furcht vor dem Verlust ihrer eigenen Herrschaftspositionen sowie der wahrscheinlichen Bestätigung der FIS im zweiten Wahlgang und der damit verbundenen Machtübernahme bzw. befürchteten Ausrufung eines islamischen Staates annullierte die militärische Führung den zweiten, für Januar 1992 anberaumten Wahlgang. Sie zwang den reformorientierten Staatspräsidenten Chadli Benjedid zum Rücktritt, erklärte die FIS für

illegal und regiert seither im Rahmen des von ihr errichteten Haute Comité d'Etat zusammen mit von ihr abhängigen zivilen Regierungen. Das Land, das über Jahrzehnte als „Oase des Friedens“ galt, ist seither in einen Bürgerkrieg abgeglitten, in dem sich die zwischenzeitlich neu entstandenen islamistischen Gruppierungen nicht nur gegenseitig bekämpfen, sondern in den auch die nationalen Sicherheitskräfte und andere, den verschiedenen Konfliktparteien unliebsame Akteure involviert sind. Wieviele Menschenleben dem Konflikt bislang zum Opfer gefallen sind, ist nicht genau feststellbar, Schätzungen gehen aber von ca. 80 000 bis 120 000 Menschen aus.²⁵⁾

Obschon insbesondere in offiziellen EG-Dokumenten, die sich in den neunziger Jahren mit dem Mittelmeerraum auseinandergesetzt haben, islamischer Fundamentalismus als objektiv existierende (im Falle Algeriens und Ägyptens) bzw. potenzielle Bedrohung für die Stabilität Südeuropas und damit für die gesamte EU interpretiert wird,²⁶⁾ muss bemerkt werden, dass es sich bei dem Phänomen primär um ein intra-staatliches und inner-gesellschaftliches Problem handelt, dass je nach LsM und in Abhängigkeit der jeweiligen politischen, ökonomischen und soziokulturellen Spezifika unterschiedliche Formen annimmt und sich nur schwerlich verallgemeinern lässt. Dennoch wird es – auch wenn sich eine transnationale Bedrohung im Sinne des von Huntington apokalyptisch entworfenen Kampfes der Kulturen kaum erkennen lässt – zusammen mit den Entwicklungen im Bereich der *hard security* aus Sicht der meisten EU-Staaten als sicherheitspolitisch bedeutsam eingestuft.²⁷⁾

■ Konflikt/äußere Sicherheit

Der südliche Mittelmeerraum ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sowohl eines der konfliktträchtigsten als auch eines der höchstgerüsteten Gebiete weltweit. Neben den bereits skizzierten *innerstaatlichen* Auseinandersetzungen ist der Großraum durch eine lange Geschichte *zwischenstaatlicher* territorialer Konflikte gekennzeichnet, die ihre Ursprünge überwiegend in den künstlichen Grenzziehungen im Zuge der (De-)Kolonialisierung durch externe Akteure haben und die sich somit bis weit in die letzten Jahrhunderte zurückverfolgen lassen. Die beiden

25) Vgl. Tobias Schumacher, „Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien)“, in: Jürgen Bellers et. al. (Hrsg.), *Handbuch der Außenpolitiken. Von Afghanistan bis Zypern*, München, 2001, S. 493.

26) Vgl. stellvertretend die Erklärung des Europäischen Rates von Lissabon im Juni 1992, abgedruckt in *EG-Bulletin* 6-1992, Ziffer 1.1.

27) Erinnert sei an die Bemerkung des früheren NATO-Generalsekretärs Willy Claes, der den islamischen Fundamentalismus bereits zum neuen Feind des Westens erkoren hatte: „Islamic fundamentalism is as dangerous as communism once was“; abgedruckt in *Nouvelles atlantiques* 2692 vom 08.02.1995.

drängendsten und bislang noch immer ungelösten Konflikte, in die entweder alle oder nur ein Teil der LsM direkt oder indirekt involviert sind, sind der Westsahara-Konflikt sowie der israelisch-arabische Konflikt. Ohne näher auf sie einzugehen, sei lediglich bemerkt, dass es sich bei beiden um zeitlich langandauernde Konflikte handelt, in denen es entweder periodisch (Nahost-Konflikt) oder über einen begrenzten Zeitraum hinweg (Westsahara) zu militärischen Auseinandersetzungen kam und die zum gegenwärtigen Zeitpunkt trotz zwischenzeitlich positiver Entwicklungen von einer nachhaltigen, friedlichen und gerechten Beilegung weit entfernt sind. Beide Konflikte sind nicht nur für die latent bzw. offen zu Tage tretenden Spannungen zwischen Marokko und der westsaharaischen Befreiungsbewegung FRENTE POLISARIO, zwischen Marokko und dem die POLISARIO unterstützenden Algerien sowie zwischen Israel und seinen unmittelbaren Nachbarn verantwortlich zu machen. Sie haben auch maßgeblich zur Aufrüstung und unkontrollierten Proliferation von Massenvernichtungswaffen im südlichen Mittelmeerraum beigetragen.

Nach Angaben des International Institute for Strategic Studies entfiel auf den Großraum zwischen Marokko und Syrien im Jahr 1996 mit ca. 40 Prozent und einem Wert von ca. 15 Milliarden US-Dollar der überwiegende Anteil der weltweiten Waffenexporte.²⁸⁾ Wie aus Tabelle 6 zu erkennen ist, liegt der prozentuale Anteil der Militärausgaben am Gesamthaushalt mit Ausnahme des Libanon und Tunesiens in allen DLM im zweistelligen Bereich. Trotz zwischenzeitlicher Kürzungen ihrer Ausgaben waren 1997 Syrien mit einem Anteil von 26,2 Prozent, Jordanien mit 25 Prozent sowie Israel mit fast 21 Prozent die drei LsM mit den höchsten Ausgaben. Im internationalen Vergleich liegen sowohl der Anteil der Verteidigungsausgaben am akkumulierten BIP als auch der jeweilige prozentuale Anteil des aktiven Streitkräftepersonals weit über dem Durchschnitt. Ausgangspunkt der hohen Rüstungsausgaben ist das insbesondere in den Ländern des Maschreck empfundene Sicherheitsdilemma. Dieses ist dadurch charakterisiert, dass sich die DLM durch das Ausmaß israelischer Rüstungs- und Militärpolitik bedroht fühlen und einem umfangreichen Militärapparat Priorität

28) Vgl. IISS, *The Strategic Balance*, London 1997. Siehe auch *Neue Zürcher Zeitung* vom 07.01.1997.

einräumen, während Israel die Rüstungsbemühungen seiner Nachbarstaaten sowie das Fehlen eines alle Länder der Region einbeziehenden Friedensvertrages seinerseits wiederum zum Anlass nimmt, seine militärische Überlegenheit auszubauen.

Zwei Proliferationstendenzen lassen sich im südlichen Mittelmeerraum nach dem Ende des in dieser Hinsicht als Korrektiv wirkenden Ost-West-Konfliktes identifizieren. Erstens ist die Entwicklung landeseigener Rüstungsprogramme zu beobachten, deren Zielsetzung darin besteht, strategische Trägersysteme mit hoher Reichweite zu entwickeln, um entweder vorhandene, noch zu entwickelnde oder zum Kauf beabsichtigte atomare, biologische oder chemische Sprengköpfe mit hoher Präzision und Treffsicherheit bei Bedarf einsetzen zu können. Zweitens ist ein zunehmender Erwerb und Import ballistischer Raketensysteme sowie der benötigten Technologie erkennbar, um diese den regionalen militär-strategischen Gegebenheiten anzupassen.

Obwohl Israel bislang den Besitz von Nuklearwaffen offiziell nie eingestanden hat und eine „Politik des nuklearen Nebels“ betreibt, wird spätestens seit den Enthüllungen des mittlerweile inhaftierten Mordechai Vanunu 1986 und dem 1991 erschienenen aufsehenerregenden Buch *The Samson Option* des amerikanischen Journalisten Seymour Hersh weithin angenommen, dass Israel über ein Nuklearwaffenarsenal von ca. 50 bis 200 Raketen verfügt. Diese Einschätzung ist umso wahrscheinlicher, wenn in Betracht gezogen wird, dass Israel in der Negev-Wüste über einen Wasserforschungsreaktor, zwei Fabriken zur Urananreicherung sowie eine Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage verfügt, die aber alle nicht den Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterliegen. Ebenfalls 1991 wurde entdeckt, dass auch Algerien mit chinesischer Unterstützung in Ain Oussera einen Forschungsreaktor zu bauen im Begriff war. Dieser konnte aber mittlerweile aufgrund des starken internationalen Drucks unter die Aufsicht der IAEA gestellt werden. Die ägyptische Haltung zum Erwerb von Nuklearwaffen ist vermeintlich ambivalent. Einerseits gehört Staatspräsident Mubarak zu den Befürwortern der Nonproliferation und der Schaffung eines Nahen Ostens ohne Massenvernichtungswaffen. Andererseits hat er aber

I Tabelle 6: Rüstungsausgaben und Waffenhandel der LSM

	Militärausgaben				Bewaffnetes aktives Truppenpersonal				Waffenhandel			
	in % des BIP		in % der Haushaltsausgaben		in 1000		in % der Erwerbstätigen		Exporte in % der Gesamtexporte		Importe in % der Gesamtimporte	
	1992	1997	1992	1997	1992	1997	1992	1997	1992	1997	1992	1997
Algerien	1,8	3,9	5,9	12,0	126	124	1,7	1,3	0,0	0,0	0,1	5,6
Marokko	4,5	4,3	14,3	12,9	195	195	2,1	1,8	0,0	0,0	1,4	1,9
Tunesien	2,4	2,0	7,1	5,3	35	35	1,1	1,0	0,0	0,0	0,3	0,3
Ägypten	3,7	2,8	8,5	11,0	424	430	2,2	1,9	0,7	0,1	19,4	12,1
Jordanien	8,8	9,0	27,3	25,0	100	102	9,9	7,9	0,0	0,0	1,1	3,2
Libanon	4,0	3,0	18,5	8,4	37	57	3,1	4,0	0,0	0,0	0,0	0,5
Syrien	9,7	5,6	39,0	26,2	408	320	10,9	6,9	0,6	0,0	11,2	1,7
Israel	11,7	9,7	23,3	20,9	181	185	8,8	7,5	4,8	1,6	7,9	3,6

auch mehrfach erklärt, sich für den Erwerb von atomaren Waffensystemen zu entscheiden, sofern er dies für notwendig halte.

■ Tabelle 7: Mitwirkung der LsM an internationalen Rüstungskontrollregimen

	Nichtverbreitungsvertrag	Teststopp-Abkommen	B-Waffen-Übereinkommen	C-Waffen-Übereinkommen
Algerien	1995	S	–	1995
Marokko	1970	S	S	1995
Tunesien	1970	–	1973	1997
Ägypten	1981	S	S*	–
Jordanien	1970	S	1975	1997
Libanon	1970	–	1975	–
Syrien	1969	–	S*	–
Israel	–	S	–	S*

Quelle: The Arms Control Reporter, Jhg. 1998, zit. nach Lemke 2000, 108. 19xx – Jahr der Ratifizierung/des Beitritts; S = Signatar; * = Vertragsverletzungen erwiesen oder vermutet.

Tabelle 7 macht zwar deutlich, dass bis auf Israel alle LsM den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet haben. Das schließt aber vor dem Hintergrund des illegalen internationalen Handels mit Waffen aus ehemals sowjetischen Arsenalen nicht aus, dass einzelne LsM zur Verbesserung ihrer eigenen Machtposition nicht doch in Versuchung geraten können, Nuklearwaffen zu erstehen. Ebenfalls nicht vollständig auszuschließen ist die Gefahr, dass islamistische Gruppierungen wie beispielsweise die Hamas oder die FIS in den Besitz dieser Waffen gelangen und schließlich nicht nur mit ihrer Anwendung drohen, sondern diese auch tatsächlich in ihrem regionalen oder internationalen Umfeld einsetzen könnten.

Tabelle 7 reflektiert überdies aber auch, dass Algerien und Israel wahrscheinlich Entwicklungsprogramme zur Herstellung von biologischen Waffen betreiben und Ägypten und Syrien im Verdacht stehen, gegen das B-Waffen-Übereinkommen verstoßen zu haben. Zusammen mit dem Libanon gehören die beiden letztgenannten auch nicht zu den Unterzeichnern des C-Waffen-Übereinkommens; im Falle Ägyptens ist sogar bewiesen, dass das Militär bereits C-Waffen eingesetzt hat.²⁹⁾

29) Ägypten hat 1963 im Jemen Senfgas eingesetzt.

■ **Schlussbemerkung**

Unter Zugrundelegung des eingangs dargelegten erweiterten Sicherheitsbegriffes hat die vorliegende Bestandsaufnahme der politischen und sozioökonomischen Krisenpotenziale im südlichen Mittelmeerraum deutlich werden lassen, dass Sicherheit und Stabilität in den Staaten des Maghreb und Maschrek einem bis in die Gegenwart anhaltenden Erosionsprozess unterworfen sind. Bedingt durch die geographische Nähe, aber auch bedingt durch die enge politische und wirtschaftliche Verklammerung zwischen der EU und den LsM im Rahmen der 1995 initiierten Euro-Mediterranen Partnerschaft sind es neben den LsM selbst vor allem die nördlichen Mittelmeeranrainer sowie die übrigen EU-Staaten, die von einer weiteren Verschärfung der politischen und sozioökonomischen Lage am stärksten betroffen sind. Um dieser möglichen Verschärfung jedoch entgegenzuwirken und zu verhindern, dass aus dem skizzierten Entwicklungs- und Wohlfahrtsgefälle objektiv existierende Bedrohungskonditionen erwachsen, bedarf es von Seiten der (EU-)europäischen Staaten eines noch ausgeprägteren Problembewusstseins sowie, damit zusammenhängend, eines noch stärkeren konstruktiven Engagements im südlichen Mittelmeerraum. Demokratische und wirtschaftliche Entwicklung lassen sich von außen jedoch nur mühsam beeinflussen, wenn gleichzeitig uneingeschränkt und bedingungslos an den herrschenden autoritären Führungen der meisten LsM festgehalten wird. Damit mag zwar Stabilität im Sinne eines Fernhaltens islamischer Gruppen vom politischen Entscheidungsprozess erzielt werden. Die Verwirklichung erweiterter Sicherheit an Europas südlicher Peripherie wird damit allerdings nicht erreicht.